Begriff Verwaltungsakt § 31 SGB X

- Maßnahme einer Behörde
- auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts
- Regelung
- Außenwirkung
- Einzelfallentscheidung

Adressat des Bescheides

- Der Verwaltungsakt muss den Adressaten erkennen lassen.
- Dies gilt im verstärkten Maße im Sozialrecht, weil das Sozialrechtsverhältnis personenbezogen ist.
- Es reicht nicht aus, wenn eine Leistungsbescheid an mehrere Personen ergeht, aber nicht erkennen lässt, ob sie als Gesamtschuldner oder in Bruchteilen in Anspruch genommen werden.
- Soll der Verwaltungsakte einem Bevollmächtigten bekannt gegeben werden, so muss dieser den Adressaten zwar nicht aus dem Anschriftenfeld, aber aus dem sonstigen Inhalt des Bescheides zweifelsfrei entnehmen können.

Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes § 33 SGB X

Abs. 1

Ein Verwaltungsakt muss inhaltlich hinreichend bestimmt sein.

Das heißt:

- Aus dem Verfügungssatz muss für die Beteiligten vollständig, klar und unzweideutig erkennbar sein, was die Behörde will (auf Empfängerhorizont abstellen).
- Insbesondere muss klar sein, dass es sich um eine einseitige, hoheitliche Regelung handelt, wer Adressat der Regelung ist und welcher Sachverhalt in welchem Sinne geregelt wird.
- Der Sachverhalt muss sich aus dem Verwaltungsakt selbst ergeben, es ist unzureichend, wenn er nur anhand der Akten ermittelt werden kann.

Rechtsfolgen

- Ist eine Verwaltungsakt inhaltlich nicht hinreichend bestimmt, leidet er an einem materiellen Fehler und ist rechtswidrig.
- Da es sich nicht um einen Verfahrens- oder Formfehler handelt, ist eine Heilung nach § 41 SGB X nicht möglich.
- Die getroffene Regelung ist unwirksam, ggf. nichtig.

Eine Rechtsnorm besteht aus

Tatbestand

- bestimmte Rechtsbegriffe
(es gibt keine Zweifel)
Bsp.: 25. Lebensjahr
- unbestimmte
Rechtsbegriffe
(bedürfen der Auslegung)
Bsp.: die einen eigenen
Haushalt führen

+ Rechtsfolge

- vorgeschrieben
(gebundene Verwaltung)
Bsp.: wird Regelleistung
abgesenkt
- Ermessen (auswählen
zwischen mehreren möglichen
Rechtsfolgen, erkennt man an
Formulierung: darf, kann)
  - Auswahlermessen (ob
Verwaltung tätig wird)
  - Entschließungsermessen
(wie Verwaltung tätig wird)

Subsumtion

Liegen die Tatbestände vor,

- tritt die (vorgeschriebene) Rechtsfolge ein
oder
- Ermessensentscheidung ist zu treffen.

Begründung des Verwaltungsaktes § 35 SGB X

- VA ist mit einer Begründung zu versehen (Ausnahmen in Abs. 2).
- In dieser sind die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Gründe mitzuteilen, die die Behörde zu ihrer Entscheidung bewogen haben.
- Die Begründung von Ermessensentscheidungen muss auch die Gesichtspunkte erkennen lassen, von denen die Behörde bei der Ausübung ihres Ermessens ausgegangen ist.

Anhörung Beteiligter

§ 24 SGB X

Bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, der in die Rechte eines Beteiligten eingreift, ist diesem Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten

- spezialgesetzlich Regelung im SGB X (§§ 44-47), sonst Regelung durch VwVfG
-
- Rücknahme rechtswidriger nicht begünstigender VA (§ 44 SGB X)
  - Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden VA (§ 45 SGB X)
-
- Widerruf eines rechtmäßigen nicht begünstigenden VA § 46 SGB X)
  - Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden VA (§ 47 SGB X)
  -
-
- Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse (§ 48 SGB X)

Prüffolge:

1. War der Ausgangsbescheid (Ausgangs-VA) rechtswidrig oder rechtmäßig (wurde bei Erlass des Bescheids die Rechtsnorm richtig angewandt)?
2. War der Ausgangsbescheid begünstigend oder nicht begünstigend?

Ergebnis: Anhand welcher Rechtsgrundlage wird die Rücknahme oder Widerruf geprüft.

Dann prüfe ich das Vorliegen der Voraussetzungen für Rücknahme oder Widerruf.

Fall 1

Gewährt wurde eine Fahrtkostenbeihilfe nach § 45 SGB III für eine Eignungsfeststellung des Kunden. Dieser hat an der Maßnahme nicht teilgenommen. Von daher sollen die Fahrtkosten zurückgefordert werden.

Lösung 1

- Rechtmäßiger VA
  - Begünstigender VA
- = § 47 SGB X Widerruf

Fall 2

- Es wurde eine 2. Meldepflichtverletzung verhängt. Der Kunde legt einen Nachweis über einen stationären Krankenhausaufenthalt vor. Nach welcher Rechtsgrundlage heben Sie die Kürzung auf?

Lösung 2

- Rechtswidriger Verwaltungsakt
- nicht begünstigender Verwaltungsakt

= § 44 SGB X Widerruf